

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/01/2024

**über die öffentliche Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung am 22.01.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn öffentliche Sitzung 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 21:57 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Herr Thomas Bellizzi
Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Felix Gläveke
Frau Michaela Knaack
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczigk
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus

KiJuB

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Bürgermeister

Herr Marcel Grindel

FBL I

Frau Tanja Eicher

FBL III

Herr Peter Kania

FBL IV

Frau Sabrina-Nadine Blossey

FDL I.1

Frau Meike Niemann

RPA

Frau Jasna Makdissi

GL

Herr Matthias Bollmann

PR

Frau Peggy Ehrig

Protokollführerin

Herr Karsten Barth

Veranstaltungstechnik

Entschuldigt fehlt/fehlen

Frau Inga Jensen-Buchholz

Herr Stephan Lamprecht

Frau Silke von Stockum

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/12/2023 vom 18.12.2023
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht
8. Jahresabschluss 2022 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes **2023/107**
9. Grundschule Am Schloß **2023/108**
 - Errichtung einer 2. Cafeteria sowie drei weitere Klassenräume in den Jahren 2024 bis 2026
10. Stormarnschule **2023/109**
 - Umstrukturierung und Sanierung des Lehrerzimmers (einschließlich der Nebenräume) in 2024
11. Grundschule Am Reesenbüttel **2023/111/1**
 - Erweiterung der Cafeteria in 2024
12. Aufteilung der Eigenkapitalpositionen allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024 **2024/003**
13. 1. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2023/100/1**
14. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuern A und B **2023/103**
15. Erlass der Haushaltssatzung 2024 **2023/106/2**
 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2024

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 16. | Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 | 2023/102/1 |
| 17. | Änderung und Aussetzung des Grundsatzbeschlusses zum Neubau des Freizeitbades badlantic | 2023/036/2 |
| 18. | Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Festlegung der Bestandsaufnahme
- Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung
- Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Sachstand | 2023/056/2 |
| 19. | Machbarkeitsstudie Speicher am Gutshof | 2023/128/1 |

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt die Anwesenden zur ersten Stadtverordnetenversammlung in 2024 und eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind.

Er gratuliert den Geburtstagsjubilaren.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 28 Stadtverordneten fest. 3 Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Bürgermeister Stukenberg gibt gemäß § 35 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) in Verbindung mit § 8 Abs. 7 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg einen Beschluss aus nichtöffentlicher Sitzung bekannt.

Er führt aus, dass in der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.2023 auf Empfehlung des Hauptausschusses beschlossen wurde, dass Frau Andrea Sperlich gemäß § 1 Abs. 1 der Satzung über die Ehrung verdienstvoller Persönlichkeiten durch die Stadt Ahrensburg geehrt wird.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Boege verliest das Antwortschreiben an Frau Dr. Moede. Das Antwortschreiben wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Er bedauert Frau Dr. Moede mitteilen zu müssen, dass die Stadt, in ihrer Funktion als Schulträger, für diese Anfrage nicht zuständig ist.

Bürgermeister Boege fragt, ob Herr Gunter Schröter anwesend ist. Herr Schröter ist nicht anwesend. Bürgermeister Boege führt aus, dass die Fragen von Herrn Schröter schriftlich beantwortet werden.

Es werden keine Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass die Verwaltung die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 (Steuererhöhungen) zurückzieht und diese entfallen.

Er erläutert, dass ebenfalls der Tagesordnungspunkt 18 (Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum) entfällt, weil der BKSA beschlossen hat, sich damit im Februar nochmal zu befassen.

Zum Tagesordnungspunkt 19 (Machbarkeitsstudie Speicher am Gutshof) erklärt Bürgervorsteher Stukenberg, dass dieser Top zunächst als nichtöffentlich deklariert war und die Tagesordnung hierzu nachträglich geändert wurde. Der Top wird nunmehr öffentlich beraten. Lediglich die Anlage ist nichtöffentlich und bei Fragen hierzu wäre die Öffentlichkeit auszuschließen.

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass ihm ein Dringlichkeitsantrag der Verwaltung vorliegt. Es wird beantragt einen nichtöffentlichen Top (Grundstücksangelegenheit) auf die Tagesordnung zu setzen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass diese Angelegenheit den Mitgliedern des BKSA und des FINA bereits bekannt ist. Er führt aus, dass die Dringlichkeit aus Sicht der Verwaltung gegeben ist, weil die Stadt bei diesem Grundstück kein Vorkaufsrecht ausüben kann und das Grundstück auf dem freien Markt erhältlich ist. Aus städtebaulichen Gründen halte man diese Grundstücksangelegenheit für wichtig. Er betont, dass für die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung eine 2/3 Mehrheit der gesetzlichen Vertreter notwendig ist.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass min. 21 Stadtverordnete dem

Dringlichkeitsantrag zustimmen müssten.

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung um Tagesordnungspunkt 21 (Grundstücksangelegenheit) mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten (§10 Abs. 5 der Geschäftsordnung in Verbindung mit § 34 Abs. 4 der Gemeindeordnung) zu.

Abstimmungsergebnis:

21	dafür
7	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung der Tagesordnungspunkte 20 und 21 (Grundstücksangelegenheiten) in nichtöffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 11.01.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/12/2023 vom 18.12.2023

Einwände gegen die Niederschrift STV/12/2023 vom 18.12.2023 bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht Nr. 02/2024. Der Finanzbericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

8. Jahresabschluss 2022 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP hält einen Sachvortrag und erläutert den Jahresabschlussbericht 2022 des Rechnungsprüfungsamtes (RPA). Er spricht dem RPA seinen Dank aus und erklärt, dass dem Jahresabschluss im Finanzausschuss uneingeschränkt zugestimmt wurde.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss 2022 der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 92 GO wie folgt vom Finanzausschuss/der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:
 - mit der Bilanzsumme von 241.4:
 - in der Ergebnisrechnung mit
 - Erträgen von 112.6:
 - Aufwendungen von 99.4:
 - und somit einem Jahresüberschuss von 13.2:
 - in der Finanzrechnung mit
 - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 102.0
 - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 85.8:
 - Einzahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 4.8:
 - und
 - Auszahlungen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit von 14.3:

Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 13.244.551,97 € wird mit 10.000.000,00 € der allgemeinen Rücklage und mit 3.244.551,97 € der Ergebnisrücklage zugeführt.

2. Der Jahresabschluss 2022 – Städtebauförderung – der Stadt Ahrensburg wird gemäß § 92 GO wie folgt vom Finanzausschuss/der Stadtverordnetenversammlung beschlossen:

- mit der Bilanzsumme von 13.3:
 - in der Ergebnisrechnung mit
 - Erträgen von ;
 - Aufwendungen von ;
- und somit einem Jahresüberschuss von ;
- in der Finanzrechnung mit
 - Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von
 - Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von
 - Einzahlungen aus Investitions- und
Finanzierungstätigkeit von 1.7:
 - und
 - Auszahlungen aus Investitions- und
Finanzierungstätigkeit von 2.5:

Der Jahresüberschuss 2022 (SBF) in Höhe von 21.962,04 € wird mit 16.062,04 € der Allgemeinen Rücklage und mit 5.900,00 € der Ergebnisrücklage zugeführt.

3. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes wird vom
Finanzausschuss/vom Hauptausschuss/von de
Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

**9. Grundschule Am Schloß
- Errichtung einer 2. Cafeteria sowie drei weitere Klassenräume in den Jahren 2024 bis 2026**

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag und führt aus, dass die Schule Am Schloß vorübergehend 6-zügig sein wird und dort ein dringender Raumbedarf besteht.

Stadtverordnete von Hülsen von der Fraktion CDU stimmt ihrem Vorredner zu. Sie ergänzt, dass die Kinder derzeit in der Turnhalle essen müssen. Die Schulentwicklungsplanung zeigt, dass die Zahlen für diese Schule auf sehr hohem Niveau bleiben. Zudem habe man eine 80%ige Ganztagsquote. Sie merkt an, dass es wichtig ist diesen Beschluss möglichst schnell umzusetzen.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Bei der Grundschule Am Schloß wird in den Jahren 2024 bis 2026 eine 2. Cafeteria sowie drei weitere Klassenräume in Holztafelbauweise errichtet (Lageplan, Ansichten sowie Grundrisse siehe **Anlage 1 bis 3**). Die Gesamtkosten betragen 2.950.000 € und werden wie folgt bereitgestellt: PSK 21110.0900000/149: 2024 = 200.000 €; 2025 = 2.400.000 € und 2026 = 350.000 €.
2. Etwaige für die Maßnahme benötigte Haushaltsmittel für das nächste Jahr (resp. Folgejahre) stehen unter dem Vorbehalt des Beschlusses des jeweiligen Gesamthaushalts.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

**10. Stormarnschule
- Umstrukturierung und Sanierung des Lehrerzimmers (einschließlich der Nebenräume) in 2024**

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass das Lehrerzimmer der Grundschule den Charme der 70er-Jahre versprüht und die Arbeitnehmer dort nicht adäquat arbeiten können. Man möchte mobile und moderne Arbeitsplätze schaffen. Er weist darauf hin, dass Lehrer sehr begehrt sind und sich die Schule, an der sie tätig sein möchten, aussuchen können. Man sollte aufgrund der schlechten Ausstattung keine Lehrkräfte verlieren.

Stadtverordnete von Hülsen von der Fraktion CDU erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird. Sie merkt an, dass die Modernisierung und Sanierung der Schule in einem Schritt erfolgen sollte und, dass diese selbstverständlich wichtig sein, aber nicht in dieser Kostenhöhe.

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ergänzt, dass der Trakt mit dem Lehrerzimmer bei den späteren Sanierungsarbeiten nicht betroffen ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird der Vorlage zustimmen. Sie halten die Modernisierung des Lehrerzimmers für zwingend notwendig, weil sonst unter nicht gesetzeskonformen Bedingungen gearbeitet werden müsste.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Das Lehrerzimmer (einschließlich der Nebenräume) der Stormarnschule wird in 2024 - wie im Sachverhalt dargestellt - umstrukturiert und saniert. Die Gesamtkosten betragen 492.300 € und werden wie folgt bereitgestellt: PSK 21705.5211010 275.500 € sowie PSK 21705.0800000 216.800 €.
2. Etwaige für die Maßnahme benötigte Haushaltsmittel für das nächste Jahr (resp. Folgejahre) stehen unter dem Vorbehalt des Beschlusses des jeweiligen Gesamthaushalts.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Grundschule Am Reesenbüttel - Erweiterung der Cafeteria in 2024

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er erklärt, dass die Schule bei der Errichtung der Cafeteria noch 4-zügig war. Inzwischen sei sie 5-zügig und ist daher nicht mehr ausreichend.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

- Die Cafeteria der Grundschule Am Reesenbüttel wird in 2024 und 2025 - wie im Sachverhalt dargestellt (Grundriss und Ansichten siehe **Anlage 1**) - erweitert. Die Gesamtkosten betragen 540.000 € und werden beim PSK 21105.0900000/152 wie folgt bereitgestellt.

2024	90.000 €	VE	450.000 €
2025	450.000 €		

- Etwaige für die Maßnahme benötigte Haushaltsmittel für das nächste Jahr (resp. Folgejahre) stehen unter dem Vorbehalt des Beschlusses des jeweiligen Gesamthaushalts.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

12. Aufteilung der Eigenkapitalpositionen allgemeine Rücklage und Ausgleichsrücklage zum 01.01.2024

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP hält einen Sachvortrag. Er erklärt, dass man mit dieser Vorlage die Möglichkeit erhält, in der etwas schwierigen, finanziellen Lage der Stadt, bestimmte Maßnahmen durchzuführen. Es gibt nunmehr eine Landesverordnung zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik. Er stellt kurz dar, dass diese Verordnung es ermöglicht, in guten Zeiten Rücklagen zu bilden und in schlechten Zeiten diese Rücklagen dem Haushalt wieder zur Verfügung zu stellen. Diese Möglichkeit nennt sich Ausgleichsrücklage.

Diese Ausgleichsrücklage ermöglicht es, dem nicht ausgeglichenen Haushalt mit 7,6 Mio. € Defizit diese Ausgleichsrücklage zuzuführen, sodass man insgesamt einen ausgeglichenen Haushalt hat. Dies ermögliche es schneller in bestimmten Dingen voran zu schreiten und insbesondere Investitionen in Schulen und sonstige Dinge durchzuführen. Dementsprechend sei diese Vorlage jetzt und auch in zukünftigen Situationen eine sehr gute Möglichkeit. Im Finanzausschuss wurde der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD möchte die Euphorie für die Ausgleichsrücklage etwas bremsen. Der Sachvortrag sei sachlich absolut richtig jedoch habe er auch kritische Gedanken zu der Ausgleichsrücklage. Er gibt zu bedenken, dass der Eindruck entstehen könnte, dass man, vereinfacht gesagt in den vergangenen Jahren ein Plus erwirtschaftet hat und dank der Ausgleichsrücklage sei es jetzt auch nicht schlimm ein Minus zu machen, weil man es einfach gegenrechnen kann. Das sei grundsätzlich so korrekt, legal und völlig in Ordnung, aber er erinnert daran, dass es nichts daran ändert, dass man ein Minus macht und das Jahresergebnis wird dadurch nicht besser.

Er befürchtet man rechnet nur die positiven Ergebnisse der Vergangenheit und stört sich an den Verlusten der Zukunft nicht mehr so sehr. Gleichwohl sieht er die erheblichen Vorteile für Ahrensburg und erläutert, dass wenn heute der Haushalt beschlossen werden sollte, die Verwaltung ab morgen handlungsfähig sei, weil der Haushalt nicht mehr vom Innenministerium genehmigt werden muss.

Als Nachteil empfindet er es, dass die Ausgleichsrücklage die problematische Haushaltssituation verdeckt und befürchtet, dass es falsche Anreize geben könnte was die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung angeht. Es läge auf der Hand, dass die Nutzung der Ausgleichsrücklage keine nachhaltige Haushaltspolitik sein kann.

Er möchte an dieser Stelle den CDU-Landtagsabgeordneten Tobias Koch zitieren der einmal deutlich gesagt habe, wie problematisch es ist Grundstückserlöse gegenüber zu erwartenden Verlusten im laufenden Verwaltungsbetrieb, also strukturellen Defizites, gegenzurechnen.

Er fragt, wie viel problematischer es also sein muss, wenn man nicht einmal real fiskalisch fließende Grundstückserlöse gegenrechnet, sondern einfach

nur die Gewinne der Vergangenheit.

Er merkt weiterhin an, dass die SPD-Fraktion der Maßnahme zugestimmt habe, weil sie im konkreten Fall manche Probleme in der Verwaltungspraxis bzw. im Verwaltungshandeln löst im Bezug darauf, wann man einen Haushalt hat, mit dem man arbeiten kann. Sie löst jedoch kein einziges finanzielles Problem aus der mittelfristigen Finanzplanung. Er schließt damit, dass man sich gut überlegen solle, ob man sich in den nächsten Jahren tatsächlich auf dem Instrument der Ausgleichsrücklage ausruhen möchte.

Bürgermeister Boege merkt an, dass der Haushalt nach einem Beschluss zunächst unterschrieben und bekannt gemacht werden muss bevor man damit arbeiten kann. Bei einem ausgeglichenen Haushalt dank Ausgleichsrücklage sei man auf jeden Fall deutlich früher handlungsfähig als es noch vor kurzem zu befürchten war.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB möchte darauf hinweisen, dass es bei der Ausgleichsrücklage nicht um die Finanzierung von Investitionen geht, sondern um einen buchhalterischen Vorgang.

Er persönlich findet, dass sich das Land durch diese neue Regelung aus der Überwachung der kommunalen Finanzen verabschiedet. Zuvor konnte man sich immer darauf verlassen, dass ein objektiver Blick auf die Haushaltspläne geworfen wird um sicherzustellen, dass die Erhaltung der finanziellen Leistungsfähigkeit gewährleistet ist. Nunmehr sei man alleine verantwortlich.

Stadtverordneter Bertram von der Fraktion CDU führt aus, dass es hier unterschiedliche Perspektiven gibt. Er bestätigt, dass das neue Instrument der Ausgleichsrücklage mit Buchhaltung zu tun hat und auf dem Papier stattfindet und man dadurch nicht mehr Liquidität habe. Er findet ebenfalls, dass man Respekt davor haben sollte, wann und wo man diese Ausgleichsrücklage einsetzt, weil diese letztendlich auf das Vermögen der Stadt zugreift.

Er geht darauf ein, dass angesprochen wurde, dass man vorhandene Defizite mit der Ausgleichsrücklage einfach ausgleichen kann. Er findet, die eigentliche Frage sei warum die Defizite überhaupt vorhanden sind und zukünftig sei es die Aufgabe problemgerechte Lösungen zu finden und Maßnahmen zu verabschieden. Insgesamt müssen die Haushaltsplanungen vernünftig auf den Weg gebracht werden.

Er möchte drauf hinweisen, dass die Vorlage inhaltlich vollkommen richtig ist, aber ein gewisses Risiko birgt. Man müsse sich darüber im Klaren sein wann und wie diese Ausgleichsrücklage eingesetzt werden darf. Es sind Kriterien daran geknüpft u.a. die Eigenkapitalquote. Der Vorschlag ist zunächst aus der Vernunft heraus angesetzt worden, aber in Zukunft wird man doch erhebliche Verbindlichkeiten als Stadt eingehen. Das heißt, diese Eigenkapitalquote würde relativ schnell abschmelzen und man könnte in eine neue Situation hineinkommen. Er bittet alle Beteiligten mit der Ausgleichsrücklage verantwortungsvoll umzugehen.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP möchte nochmal auf einige gefallene Argumente eingehen. Zum ersten führt er aus, dass es der Stadt nicht allein überlassen sei diese Ausgleichsrücklage anzuwenden. Hierzu gäbe es präzise Vorschriften und ein willkürliches Handeln sei nicht möglich. Als zweites merkt er an, dass vielen vielleicht nicht aufgefallen sein wird, dass dieses Instrument in anderer Form bereits seit Jahren genutzt wird – die sogenannte Finanzausgleichsrückstellung. Sie wurde bereits jährlich genutzt und somit gab es diese buchhalterische Möglichkeit bereits. Zum dritten merkt er an, dass die grundsätzliche Diskussion über das Haushaltsdefizit im Rahmen des Haushaltes erfolgen sollte, denn der Haushalt selbst sei seiner Meinung nach im Grundsatz noch nicht akzeptabel.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erklärt, dass sich alle einig sind, dass man trotz der Ausgleichsrücklage auf die Ausgaben gucken muss. Wenn man in Zukunft über einen ausgeglichenen Haushalt spricht muss natürlich klar sein, dass das dann ein Unterschied ist zu dem strukturellen Defizit das man eventuell hat. Jetzt ändere sich nur die Tatsache, dass man schneller handlungsfähig ist.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Ahrensburg bildet zum 01.01.2024 aus der bisherigen Allgemeinen Rücklage in Höhe von 103.274.328,83 Euro (Stand: 31.12.2022), der Ergebnismrücklage in Höhe von 33.777.039,04 Euro (Stand: 31.12.2022) und dem Jahresergebnis 2022 in Höhe von 13.244.551,97 Euro folgende neue Rücklagen:

1. die Allgemeine Rücklage in Höhe von 84.500.797,52 Euro und
2. die Ausgleichsrücklage in Höhe von 65.795.122,32 Euro.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

2023/100/1

13. 1. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer

-- abgesetzt --

Siehe Top 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

2023/103

14. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuern A und B

-- abgesetzt --

Siehe Top 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

**15. Erlass der Haushaltssatzung 2024
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2024**

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag.

Er führt aus, dass es einen Zuwachs von 17,17 Stellenanteilen und einen Abgang von 5,45 Stellenanteilen gibt, es verbleiben 11,72 Stellenanteile.

Er erläutert wie die Vorlage zustande gekommen ist und führt aus, dass es vor dem letzten Hauptausschuss zwei gesonderte Sitzungen gegeben hat. In der ersten wurden Fragestellungen zu einzelnen Stellen beantwortet und in der zweiten Sitzung wurden einzelne Stellen abgestimmt. Diese Abstimmung ist im Hauptausschuss ebenfalls erfolgt, damit die Beteiligung der Öffentlichkeit gewährleistet ist und eine Protokollierung erfolgen konnte.

Eine Stelle für die zentrale Vergabestelle ist in der Vorlage enthalten, die zuvor nicht zur Abstimmung gekommen war. Deswegen wurde der Stellenplan im Hauptausschuss nicht abgestimmt.

Er merkt an, dass die CDU-Fraktion den Antrag AN/007/2024 der FDP-Fraktion ablehnen wird. Hierzu führt er aus, dass man es bereits geschafft habe die Personalkosten um 5% zu senken. Der Werdegang des Stellenplans basiert auf den einzelnen Abstimmungen im Hauptausschuss und daher hält er den Antrag der FDP-Fraktion für wenig demokratisch.

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert, dass der Antrag AN/007/2024 der FDP-Fraktion sich nicht auf die Vorlage 2023/106/2 bezieht, sondern auf die Haushaltsvorlage unter Top 16.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der Fraktion FDP sagt, dass eine angemessene Ausstattung der Verwaltung, insbesondere im Hinblick auf das Personal, die zwingende Voraussetzung dafür sei, dass die Verwaltung anständig arbeiten kann und die Dinge, die im Interesse der Bürger/innen liegen, auch abarbeiten kann.

In den letzten Jahren sei in dieser Stadt durch eine extreme Vielzahl von unbesetzten Stellen eine Situation entstanden bei der man nahezu kein Bauamt hatte.

Er freut sich, dass man hier auf einem guten Weg ist all die Stellen, die zur Verfügung stehen, auch tatsächlich zu besetzen. Er bedankt sich, dass dafür massive Anstrengungen vorgenommen wurden, obwohl man bis zum heutigen Tag feststellen müsse, dass noch immer ca. 20 Stellen im Stellenplan nicht besetzt sind.

Er findet es unpassend, dass im ersten Entwurf des neuen Stellenplans trotz 20 unbesetzter Stellen noch weitere 24 Stellen mit 18,27 Vollzeitäquivalenten zusätzlich beantragt wurden. Von diesen 24 Stellen seien 21 für die interne Verwaltung. Dies vermittelt ihm den Eindruck, dass jeder Fachbereich sich Stellen wünschen konnte und dies direkt in den Stellenplan miteingeflossen sei.

Er merkt an, dass die FDP-Fraktion keine einzige vorhandene Stelle streichen wollte, sondern lediglich zusätzliche Stellen. Die Begründungen für die Notwendigkeit dieser Vielzahl von zusätzlichen Stellen waren in vielen Teilen für die FDP-Fraktion wenig überzeugend. Er führt als Beispiel eine Stelle im FD Gewerbe und Ordnung an. Diese wäre mit steigenden Fallzahlen begründet worden, welche sich dann aus den mitgelieferten Zahlen gar nicht ergaben. Er findet, dass ein gestiegener Bedarf teilweise einfach nur behauptet wird. Er führt ein weiteres Beispiel an, wo ein Sperrvermerk im Haushalt enthalten ist mit dem Hinweis „Freigabe nach Aufgabenklärung“. Er merkt kritisch an, dass der Bedarf an Aufgaben zunächst festgestellt werden muss bevor man entsprechende Stellen einwirbt. Er geht weiter darauf ein, dass die FDP-Fraktion die Schaffung einer Vielzahl von Stellen für die Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltung in dieser Form für nicht sachgerecht hält. Es wäre viel besser mit einer Projektleitung (wo man ja eine gute hat) auf externen Sachverstand zuzugreifen um temporär externe Projektbegleiter einzustellen.

Mit Blick auf die wenigen Stelleneinsparungen fällt ihm besonders eine halbe Stelle im Citymanagement auf. Er denkt, dass die Stadt eigentlich Bedarf hätte Stadtmarketing zu machen und findet, dass man sich über das Stadtmarketingkonzept erneut auseinandersetzen sollte.

Er merkt an, dass es in den Beratungen gelungen ist, dass die Verwaltung die Beantragung von 6 Stellen zurückgezogen hat und 5 weitere Stellen im Hauptausschuss gestrichen wurden.

Er äußert Unverständnis für die im Hauptausschuss beschlossene volle Stelle für eine/n Klimaanpassungsmanager/in – zusätzlich zur/zum bereits vorhandenen Klimaschutzmanager/in. Hierfür sieht er keinen Bedarf und es mache ihn fassungslos, dass die CDU-Fraktion dieser Stelle zugestimmt hat.

Er schließt seinen Redebeitrag damit, dass dieser Stellenplan im Haushalt zu einer Steigerung der Personalkosten von (im Jahr 2022) 18,5 Mio. € auf 23,5 Mio. € führt. Dies sind 5 Mio. € mehr für Personal innerhalb von zwei Jahren. Dies hält die FDP-Fraktion für überzogen und deshalb lehnt die Fraktion den Stellenplan und den dahinterliegenden Haushalt ab.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD gibt zu, dass auch die SPD-Fraktion nicht sonderlich begeistert war von der zusätzlichen Stelle der/des Klimaanpassungsmanagers/in. Speziell vor dem Hintergrund, dass es manchmal in der Natur solcher Stellen liegt „nur“ Konzepte zu erstellen habe man diese kritisch gesehen.

Er spricht sich klar dafür aus, dass der Bedarf sich dieses Themas anzunehmen klar gegeben ist. Er verweist auf die Stadtteile Ahrensburg-West und Ahrensburger Redder, welchen z.B. Starkregen sehr zu schaffen macht. Er nimmt an, dass die Häufigkeit, Zunahme und Intensität von Starkregenereignissen ein Problem sind über das auch die Kollegen/innen von der Feuerwehr einiges zum Bestens geben könnten.

Er will darauf hinaus, dass es wichtig ist sich diesem Thema anzunehmen, es jedoch ratsam wäre hier die bereits vorhandene Expertise im Hause zu nutzen und das Geld eher in konkrete Projekte zu investieren statt eine weitere Stelle zu schaffen, deren Aufgabe es zunächst sein wird Konzepte

und PowerPoint-Präsentationen zu erstellen.

Er merkt positiv an, dass man beim Stellenplan durchaus eine Annäherung der Fraktionen erreichen konnte auch wenn nicht jede Fraktion mit jeder Stelle zufrieden ist.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN findet, dass man beim Stellenplan nicht außer Acht lassen darf, dass dies für alle eine Kompromissaufgabe ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat sich die ein oder andere Stelle mehr gewünscht, als sie dann im Hauptausschuss verabschiedet wurde, aber sie wird dem Stellenplan zustimmen.

Im Gegensatz zum Stadtverordnetem Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion ist sie nicht der Meinung, dass nur, weil es 20 offene Stellen gibt ein Bedarf an einer anderen Stelle nicht gegeben ist. Sie betont, dass ein Bedarf an weiteren Stellen trotz unbesetzter Stellen durchaus schlüssig sei.

Grundsätzlich sei der Beschluss über den Stellenplan ohnehin nur eine außenstehende Wahrnehmung. Keiner der Stadtverordneten arbeite in der Verwaltung und man müsse auch ein Stück weit darauf vertrauen, dass der angemeldete Bedarf der Verwaltung auch tatsächlich vorhanden ist. Man höre im Hauptausschuss genügend über Überlastungsanzeigen und von Mitarbeitern die die Verwaltung verlassen, weil sie sich „nicht abgeholt“ fühlen. Sie glaubt, dass der Beschluss über den Stellenplan eine Wertschätzung aus der Politik ist, wenn man den Bedarf der Mitarbeiter/innen dort auch anerkennt.

Sie führt weiterhin aus, dass es gelungen ist in ein Gespräch zu kommen und sich gemeinsam zu einigen und Stellen herauszunehmen. Dies war ein guter Ansatz, aber schlussendlich müsse man sagen das Bürgermeister Boege als oberster Ansprechpartner ein Votum abgibt dem man auch vertrauen sollte.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU geht ebenfalls darauf ein, dass die offenen Stellen nichts mit den benötigten Stellen zu tun haben. Er geht davon aus, dass keine Fraktion sagen kann, dass sie mit dem Stellenplan zu 100% zufrieden ist.

Er sagt, dass der Stellenplan Grundlage des Haushaltes ist und findet es daher gefährlich diesen nur finanziell darzustellen. Er ist der Meinung, dass ein Stellenplan auf der einen Seite die finanziellen Möglichkeiten berücksichtigen muss, aber auf der anderen Seite auch das soziale Element. Bei einer Überlastung der Mitarbeiter/innen darf man nicht, rein aus finanzieller Sicht, Stellen ablehnen. Die CDU-Fraktion wird dem Stellenplan zustimmen.

Bürgermeister Boege spricht seinen Dank für das Vertrauen aus. Er erklärt, dass in der Vorlage ausführlich begründet wurde, welche Schwerpunkte man sieht und jede einzelne Stelle wurde begründet. Dem letzten regulären Doppel-Haushalt aus 2022/2023 wurden nur sehr punktuell Stellen nachgesteuert. Dies waren zwei Jahre in denen den Fachbereichsleitungen und ihm persönlich ebenfalls, in den letzten 20 Monaten im Rathaus, sehr deutlich geworden ist, wo Handlungsbedarf besteht. Die Stellenbedarfe leiten sich daraus entsprechend ab.

Man könne gerne darüber sprechen, wie man es schaffen kann 18 neue Stellen zu besetzen und er merkt an, dass darunter z.B. auch Stellenumwandlungen enthalten sind bei denen man befristete Mitarbeiter/innen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis umwandelt. Auch bei den offenen Stellen gibt es Stellenanteile die derzeit nicht besetzbar sind und daher finden sich einige dieser Stellen im Stellenplan zur Streichung wieder. Es wurde ein Stellenplan vorgelegt der sich daraus ergibt was man für Bedarfe gesehen hat um die großen Themen, die es im Rathaus und der Stadt gibt, voran zu bringen. Man möchte, dass man mit diesem Stellenplan ein funktionierendes und effizientes Rathaus bieten kann, welches auch viel stärker digital sein wird. Natürlich vor der Maßgabe, dass man den Anspruch hat einen Großteil der Stellen im Laufe des Jahres zu besetzen.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der Fraktion FDP merkt an, dass der Stellenplan eine demokratische Entscheidung ist. Er sagt, wenn der Stellenplan mit einer Mehrheit beschlossen wird, dann sei dies ganz normal und daran sei auch nicht schlimmes. Er betont, dass es trotzdem erlaubt sei muss, dass man sagen kann was man daran kritisch sieht.

Den Stellenplan unabhängig von den Personalkosten zu betrachten empfindet er als naiv. Man müsse selbstverständlich darauf achten, zu welchen Kosten man eine Personalplanung führt. Er findet, bei einem strukturellen Defizit müsse eine Verwaltung sich die Frage erlauben, wie sie einen Beitrag dazu leisten kann, dass ein ausgeglichener Haushalt herstellbar ist. Es sei schließlich nicht nur Sache der Kommunalpolitik einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, sondern ebenso Sache der Verwaltung.

Er findet, dass mit einer Vorlage über eine Erhöhung der Personalkosten von 18,5 Mio. € im Ursprung auf 25 Mio. € etwas nicht stimmt. Er erläutert, dass die Ist-Personalkosten in den letzten Jahren immer so viel geringer gewesen sind als geplant, lag an den unbesetzten Stellen. Die Verwaltung habe es trotz großer Bemühungen nicht geschafft den großen Bedarf zu besetzen.

Er sagt voraus, dass sich im Ist des Jahres 2023 nicht die im letzten Haushalt attestierten Personalkosten von 23 Mio. € wiederfinden werden, sondern bei ca. 20 Mio. € liegen werden. Eine Steigerung von 10% der Personalkosten hält er für eine sinnvoll anzunehmende Zahl in diesem Jahr, wenn man mehr Stellen besetzen kann und die ein oder andere Stelle zusätzlich schafft.

Er geht darauf ein, dass die FDP-Fraktion den Personalbedarf durchaus bei der Bildungspolitischen Schuloffensive sieht. Hier habe die Stadt als Schulträger wahnsinnig viele Aufgaben und es besteht ein erhöhter Planungsbedarf, welcher auch in der Verwaltung abgebildet werden muss. Selbstverständlich sei beispielsweise auch der Bedarf eines Hausmeisters bei einem Ganztagschulkonzept. Hingegen sieht die FDP-Fraktion keinen zusätzlichen Stellenbedarf bei der Digitalisierung.

Er beendet seinen Wortbeitrag und gibt an, dass die FDP-Fraktion dem Stellenplan und dem dahinterstehenden Haushalt nicht zustimmen wird.

Bürgermeister Boege erläutert, dass er ebenfalls sehr erstaunt auf den ersten Entwurf des Stellenplans geschaut habe. Er erklärt, dass man im Mai 2022 mit einer Situation gestartet ist in der man über 40 unbesetzte Stellen hatte. Das heißt, dass man in den letzten 20 Monaten tatsächlich eine deutliche

Steigerung der Mitarbeiter/innen hinbekommen hat und das allein schon zu einer Personalkostensteigerung führt. Zudem merkt er an, dass es eine deutliche Tarifierhöhung gegeben hat. Diese zwei Punkte haben tatsächlich zu einer signifikanten Steigerung der Personalkosten beigetragen.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird in der beigefügten Ausfertigung beschlossen (Anlagen 1 bis 5).

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
3	dagegen
/	Enthaltung(en)

16. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass er zunächst über die ihm schriftlich vorliegenden Anträge zur Vorlage 2023/102/1 abstimmen lässt.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erläutert und begründet zunächst den gemeinsamen Antrag AN/008/2024 aller Fraktionen. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/008/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2024 werden folgende Positionen angepasst:
Die Haushaltsstelle PSK 54500.0891000 wird um 9.600 € für die Aufstellung zusätzlicher Müllbehälter (siehe UA 13.12.2023) an Bushaltestellen und stark vermüllten Bereichen erhöht. Die Haushaltsstelle PSK 54500.5221020 wird um 3.600 € erhöht, um die zuverlässige Leerung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erläutert und begründet den gemeinsamen Antrag AN/010/2024 aller Fraktionen. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/010/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2024 wird folgende Position angepasst:
Das Projekt-Nr. 810 / Mobilitätskonzept Leih-Fahrräder / e-bikes / e-Lastenräder Kto. 0900002, Produkt 65110, 2024: 308 T€ wird in „Mobilitätskonzept“ umbenannt und mit einem Sperrvermerk versehen bis das bisher unbekannt neue Konzept im zuständigen Ausschuss vorgestellt und

beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erläutert und begründet den gemeinsamen Antrag AN/011/2024 von den Fraktionen SPD, WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/011/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2024 wird folgende Position angepasst:
In den Haushalt werden 30 T€ für das Projekt „versenkbarer Poller Manhagener Allee“ eingestellt (neue Haushaltsstelle) und mit einem Sperrvermerk versehen, bis das Projekt fertig geplant und beschlossen wurde.

Abstimmungsergebnis:

17	dafür
11	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erläutert und begründet den gemeinsamen Antrag AN/009/2024 der Fraktionen SPD, FDP, CDU und WAB. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass die Mittel für die E-Ladestationen sehr sinnvoll seien. Man habe im Bereich der E-Mobilität das große Problem, dass viele Menschen keine Außensteckdose oder Carports zur Verfügung haben, weil sie in Wohnungen leben. Dadurch sind sie von der Mobilitätswende ausgeschlossen, weil sie keine Lademöglichkeiten für ein potenzielles E-Auto haben. Für diese Menschen stelle sich die Frage nach einem E-Auto nicht, weil eine persönliche Ladestation fehlt.

Er führt aus, dass die Stadtwerke zwar sagen, dass es in diesen Gebieten nicht wirtschaftlich ist E-Ladestationen aufzustellen, aber trotzdem müsse man hier den 1. Schritt machen. Wo es an E-Ladestationen fehlt werden sich

die Menschen auch keine E-Autos kaufen. Er sieht die Kommunalpolitik in der Verantwortung und bittet darum die Gelder zu belassen, damit alle Menschen (auch jene die in Geschosswohnungen leben) mitgenommen werden können bei der Mobilitätswende.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP Fraktion merkt an, dass das Problem dieser Menschen weniger ist, dass keine E-Ladestation vorhanden ist, sondern das für ca. 28.000€ sich zurzeit die wenigsten ein E-Auto leisten können. Nicht ohne Grund würden diese Personen in Mietwohnungen und nicht in Eigentum wohnen. Die, die sich die Fahrzeuge tatsächlich leisten können, können sich im Rahmen des Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) auch in Wohngebieten eine Ladestation aufstellen lassen. Er findet, dass das, was hier geplant war schlicht und einfach am Bedarf der Menschen vorbeigeht.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/009/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2024 wird folgende Position angepasst:
Das Projekt-Nr. 827 / E-Ladestationen in Wohngebieten Kto. 0900002, Produkt 56110, 2024: 45 T€ wird auf 0€ reduziert.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erläutert und begründet den gemeinsamen Antrag AN/012/2024 von den Fraktionen SPD, WAB und FDP. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN merkt an, dass heute mit einer anderen Vorlage vorgesehen ist, eine andere Sportstätte (badlantic) für 10 Jahre nach hinten zu verschieben und jetzt wolle man mit diesem Antrag den Sportpark Beimoor vorziehen. Er findet es nicht seriös jetzt zu sagen, dass man einen Sportpark Beimoor entwickelt. Der Sportpark Beimoor ist schon viel diskutiert worden mit vielen Bedarfen und Emotionen. Er vermittelt das Gefühl von etwas sehr großem, größer als das badlantic. Er bittet darum ehrlich zu sagen, dass man das jetzt nicht auch noch machen kann. Man könne nicht das badlantic verschieben und gleichzeitig einen Sportpark bauen. Die Probleme des Sports sollten zunächst kleinteiliger gelöst werden.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen wird. Er bittet zu bedenken, dass man aktuell

den Haushalt 2024 berät und nicht den für 2025. Der Fraktion ist natürlich bewusst, dass der Hockeyplatz Flächen braucht, aber seiner Kenntnis nach hält die Fläche noch 5-7 Jahre und somit sei zunächst keine Eile geboten. Im Grundsatz sei man jedoch einer Meinung, dass man für die Sportler was tun muss. Er sagt, dass die CDU-Fraktion gerne bereit ist sich mit den nächsten Haushaltsberatungen für den Haushalt 2025 über die Sportentwicklung zu unterhalten.

Frau Eicher (FBL III) erklärt, dass sie über den Antrag überrascht ist und sich gleichzeitig darüber freut. Im sportpolitischem Forum im April 2023 habe man sehr deutlich darauf hingewiesen, dass eine Notsituation im Hockeysport vorliegt. Der Sportplatz des Tennis- und Hockeyclub Ahrensburg (THC) sei abgängig und man braucht eine Lösung. Man habe jetzt wirklich die Notwendigkeit die Planungen anzugehen für den Hockeysport, möglichst nah am THC. Es wurden andere Flächen geprüft und es gibt leider keine. Deshalb wurde diese Fläche als Potenzialfläche in der Sportentwicklungsplanung ausgewiesen. Insofern spricht sie sich deutlich für den Hockeysport aus, denn sie wüsste nicht wie die Zukunft für den Hockeysport aussähe ohne den Hockeyplatz. Bei den anderen Vereinen habe man keine Optionen. Sie würde sich sehr über die Unterstützung freuen, die sie fachlich als absolut richtig erachtet.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Antrag AN/012/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2024 wird folgende Position angepasst:
Das Projekt Nr. 402 / Sportpark Beimoor-Süd Kto. 0900002, Produkt 42400, 100 T€ in 2026 wird auf 2025 vorgezogen.

Abstimmungsergebnis:

12	dafür
16	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erläutert und begründet einen Änderungsantrag zur Vorlage 2023/102/1 von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Stukenberg verliert den Änderungsantrag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die STVV möge nachfolgende Änderung beschließen:

1. Die Hamburger Straße zwischen AOK-Knoten und Rondeel soll wieder in die Parkraumbewirtschaftung einbezogen werden. Dafür wären drei Parkscheinautomaten mit Solarpanel zu beschaffen.
2. Die Summe von 10.000€ soll dafür in das PSK 54605.045000 bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
3	dagegen
5	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Bellizzi von der Fraktion FDP erläutert und begründet den Antrag AN/007/2024 von der Fraktion FDP. Der Antrag wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadtverordneter Siller von der Fraktion CDU führt aus, dass die CDU-Fraktion den Antrag entbehrlich findet und dagegen stimmen wird.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB erklärt, dass man über Wochen und Monate geschaut habe wo man Einsparungen sieht. Bei diesen Beratungen war auch Herr Schäfer als Vertreter der FDP-Fraktion dabei und insofern habe ihn dieser Antrag der FDP-Fraktion überrascht. Er hinterfragt, ob bei den Sach- und Dienstleistungen (die bereits um 1,5 Mio. € gekürzt wurden) beabsichtigt ist, den Umzug der Grundschule Am Hagen zu streichen. Dies seien nämlich allein 1,5 Mio. €. Dies hielte er für einen Ansatzpunkt über den man diskutieren kann, aber so sei es ihm zu wage.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag AN/007/2024 über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die StVV möge nachfolgende Änderung beschließen:

1. Der Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen wird um 3 Millionen Euro gesenkt.
2. Der Haushaltsansatz für Personalkosten wird um 1.5 Millionen Euro gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

3	dafür
25	dagegen
/	Enthaltung(en)

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP hält einen Sachvortrag zur Vorlage 2023/102/1. Er erklärt, dass der Weg der Haushaltsberatungen sehr steinig und gleichzeitig auch sehr konstruktiv war.

Steinig, weil die Verwaltung im ersten Entwurf einen negativen Haushalt mit einem geplanten Defizit i.H.v. 15,1 Mio. vorgelegt hat. So ein geplantes Defizit habe Stadtverordneter Schäfer in den letzten Jahren noch nicht erlebt. Zumal es in den letzten 7 Jahren jedes Jahr im Durchschnitt einen Jahresüberschuss i.H.v. ca. 6,5 Mio. € gab. Die Nichtnutzung dieser Gewinne würden uns heute die Ausgleichsrücklage bescheren.

Konstruktiv, weil nach Analyse des Haushaltes deutlich wurde, dass nur ein interfraktionelles Handeln eine Verbesserung erreichen kann. In mehreren Sitzungen wurden seitens der Selbstverwaltung und auch seitens der Verwaltung Vorschläge unterbreitet die abgestimmt wurden und in den Haushalt eingeflossen sind. Hierdurch konnte das Defizit immerhin von 15,1 Mio. € auf 7,6 Mio. € reduziert werden. Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt wird durch die Verwendung der Ausgleichsrücklage erreicht. Fakt bleibe aber, dass man derzeit mehr ausgibt als man einnimmt. Dies ist eine Situation die man so nicht tragen kann und deshalb muss man jetzt die strukturellen Probleme erkennen, analysieren und konstruktiv lösen. Auf der Ausgabenseite müsse man rasant gestiegene Personalkosten sowie Sach- und Dienstleistungen in den Griff bekommen und möglichst neue Ausgaben vermeiden.

Bei den Einnahmen müsse man Wege beschreiten um diese marktwirtschaftlich zu stabilisieren und zu erhöhen. Er vermutet, dass hierüber auch in der Aussprache noch die Rede sein wird.

Der Ergebnishaushalt sei nur die eine Seite und deshalb geht er auch auf den Finanzplan und die geplanten Investitionen ein. Der jetzige Plan weist für das Jahr 2024 Investitionen i.H.v. von rund 31 Mio. € und eine hierfür erforderliche Kreditaufnahme i.H.v. rund 28 Mio. € aus. Das sei die erste Kreditaufnahme seit Jahren.

In den interfraktionellen Sitzungen war die Frage zu beantworten, ob man die Schulen im heutigen Zustand (mit jährlich steigenden Instandhaltungs- und Energiekosten) belässt oder, ob man diese Kosten einspart bzw. senkt und in Neu- bzw. Erweiterungsbauten investiert um den Kindern Schulen, die den heutigen baulichen und erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen, zur Verfügung zu stellen. Natürlich hinterlässt man Ihnen auch Schulden.

Man schlägt konsequent den Weg der Investitionen in die Verbesserung der Bildung vor. Aus den Erkenntnissen der Vorjahre weiß man, dass die geplanten Investitionen aus verschiedenen Gründen jeweils sträflich unterschritten wurden. Entsprechend wurde die Verwaltung gefragt, ob die geplanten Maßnahmen auch umsetzbar sind. Diese Frage wurde mit den üblichen Hinweisen deutlich bejaht.

Im Finanzausschuss (FINA) wurde der nunmehr vorliegende Haushalt mehrheitlich beschlossen.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP hält eine Ansprache anlässlich der Verabschiedung der Stadtkämmerin, Frau Blossey, und übergibt ihr einen Blumenstrauß.

Die Stadtverordneten erlauben für diese Verabschiedung von Frau Blossey die Aufnahme von Fotos.

Stadtverordneter Siller von der Fraktion CDU stellt fest, dass der vorgelegte Haushalt leider ein erhebliches Defizit ausweist, welches die Stadt vor enorme finanzielle Herausforderungen stellt. Als Bürger/innen habe man ein gemeinsames Interesse daran, dass die Stadt wächst und gedeiht und dabei sei ein ausgeglichener Haushalt von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass man die notwendigen Ressourcen für Bildung, Infrastruktur, Soziales und andere wichtige Bereiche zur Verfügung hat. Er erläutert, dass die CDU-Fraktion den Haushalt sehr kritisch geprüft habe, weil sie der Überzeugung sind, dass Steuererhöhungen nicht die einzige Antwort auf finanzielle Herausforderungen sein sollten. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und steigender Belastungen für die Bürger/innen sei es nicht verantwortungsbewusst die Lasten einseitig auf die Schultern der Steuerzahler zu legen. Stattdessen sollte die Stadt Ahrensburg alternative Wege zur Haushaltskonsolidierung wie z.B. Einsparungen, Effizienzsteigerungen und die Überprüfung der Ausgabenposten in Betracht ziehen. Ebenso muss die Ansiedlung von Gewerbe wieder in den Fokus rücken. In dieser Herausforderung läge auch eine Chance.

Da mehrheitlich die Erhöhung der Grundsteuern sowie der Hundesteuer abgelehnt wurde wird die CDU-Fraktion dem Haushalt 2024 „mit großen Bauchschmerzen“ zustimmen.

Er richtet seinen besonderen Dank für die sehr gute Zusammenarbeit an Frau Blossey und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

Stadtverordneter Bertram von der Fraktion CDU merkt an, dass vielen aufgefallen sein wird, dass es bei diesem Beschluss jetzt nicht bleiben kann – man müsse da dranbleiben. Es wurden viele Konflikte und Widersprüche auch im Zahlenwerk aufgezeigt. Das habe verschiedene Ursachen wie z.B. strukturelle Probleme in der Haushaltsplanung, aber auch Abläufe in Bereitstellung und Verarbeitung der Zahlen gilt es zu optimieren. Betrachtet man vergangene Haushalte so stelle man immer wieder fest, wie deutlich diese teilweise korrigiert wurden. Er hofft, dass man sich mit dem Beschluss nicht zurücklehnt und vor allem im FINA da dranbleibt, die strukturellen Probleme und die Fehlentwicklungen in den Griff zu bekommen, damit die Zahlen zuverlässiger werden.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD sagt, dass das Prozedere zum Haushalt ein sehr gutes war. Dafür bedankt er sich bei allen Fraktionen und insbesondere auch bei der Verwaltung. Was hier gemacht wurde, gab es in Ahrensburg noch nie. Man hat gesehen, dass der Haushalt besorgniserregende Ausmaße angenommen hat und dies nicht so stehen bleiben konnte. Die Frage war, wie man damit umgeht, besonders in einer

grade erst neu konstituierten Stadtverordnetenversammlung mit vielen neuen Gesichtern und unter erheblichem Zeitdruck.

Man habe interfraktionell auf die Zahlen geschaut mit einem sehr unterschiedlichen Herangehen und Blick auf die Zahlen und Notwendigkeiten. Man hat es immerhin geschafft das Saldo aus laufender Verwaltung ohne große Auseinandersetzungen um 7,9 Mio. € zu reduzieren und bei den Investitionen um 7,4 Mio. €. Dies geschah in enger Abstimmung zwischen den Fraktionen und der Verwaltung.

Er sagt, dass das Ergebnis gleichwohl keines sei auf dem man sich ausruhen darf. Noch immer habe man ein prognostiziertes Minus von 2,4 Mio. € in den Ausgaben der laufenden Verwaltung. Er sagt, dies nennt man dann ein strukturelles Defizit.

Noch viel größer sei der Grund zur Sorge, wenn man auf die Investitionen schaut. Bei geplanten Investitionen von fast 28 Mio. € stellt sich die Frage, wie realistisch diese eigentlich sind. Es ist also die Frage, ob dies eine belastbare, seriöse Haushaltsplanung ist. Die Antwort bleibt offen. In der Vergangenheit habe man die Erfahrung gemacht, dass man es kaum geschafft hat mehr als 10 Mio. € „zu verbauen“. Es mag Gründe geben, dass man hier eine höhere Quote erreicht, aber selbst wenn man von einer Verdoppelung dieser Investitionssumme ausgeht wäre man immer noch bei 20 Mio. € und nicht bei den geplanten 28 Mio. €.

Vom Innenministerium hört man regelmäßig, dass die Umsetzungsquote zu gering ist und diese zumindest bei 60% liegen sollte. Tatsächlich schaffe man nicht einmal 40% und dies sollte Sorgen bereiten – insbesondere mit Blick auf das Gebot der Haushaltswahrheit- und Klarheit. Wenn man geplante Investitionen regelmäßig nicht umsetzt, dann erfüllt man dieses Kriterium streng genommen nicht.

Stadtverordnetem Randschau ist bewusst, dass dies leichter gesagt als getan ist. Es hängen daran Investitionen die allen wichtig sind und deren Bedarf unbestritten ist. Die Frage ist einfach, ob es realistisch ist, dass diese alle wie geplant umgesetzt werden können.

Er erklärt, dass der SPD-Fraktion bei dieser Frage noch Zweifel bleiben und denkt, dass man vielleicht besser beraten gewesen wäre etwas zurückhaltender zu planen.

Über die grundsätzlichen finanziellen Erwägungen hat man bereits in Rahmen der Ausgleichsrücklage gesprochen. Durchaus stand auch die Frage von möglichen Steuererhöhungen im Raum und natürlich rede niemand gerne über Steuererhöhungen, weder die Bürger/innen noch die Politiker. Gleichwohl stellt sich bei diesen Investitionen die Frage, ob man dauerhaft eine Haushaltskonsolidierung ohne eine Verbesserung der Einnahmesituation schaffen kann.

Die hohen Investitionen die jetzt beschlossen wurde sind zu 100% durch Kredite finanziert. Investitionen in die Bildung seien natürlich Zukunftsinvestitionen in unsere Stadt. Es gehört aber auch zur Zukunftsplanung einer Stadt die finanzielle Leistungsfähigkeit zu erhalten. Es stellt sich die Frage, ob man wirklich so viel für die Zukunft der Kinder getan hat, wenn man einen großen Schuldenberg für die kommenden Generationen hinterlässt.

Stand heute gibt die Haushaltsplanung nicht den geringsten Hinweis darauf, wie es gelingen soll diese anzuhäufenden Schulden jemals wieder abzubezahlen. Das ist eine Problematik vor der man auch mit einer Ausgleichsrücklage nicht bewahrt wird. Hier müssen andere Lösungen gefunden werden und zwar Lösungen, die in echten Euros gerechnet werden.

Aus der Überzeugung der SPD-Fraktion sind hier grundsätzliche Weichenstellungen bei den Haushaltsplanungen noch nicht getroffen worden.

Stadtverordneter Egan von der Fraktion WAB dankt Frau Blossey für ihre hervorragende Arbeit.

Er führt aus, dass es für die Haushaltsberatungen einen guten Prozess gab. Man habe jedoch nur da Mittel gestrichen wo es nicht weh tat und die WAB-Fraktion hätte gerne noch ein bisschen mehr gemacht, sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite. Auf der Einnahmenseite war die Politik nicht einverstanden und auf der Ausgabenseite die Verwaltung nicht. Im Endeffekt (ohne Berücksichtigung der Ausgleichsrücklage) sei man immer noch mit einem Haushalt geschlagen, der ein Defizit von 7 Mio. € ausweist.

Er bittet darum zu versuchen einen strukturierten Prozess einzuführen bei dem man buchstäblich jeden Euro zweimal umdreht bevor man ihn ausgibt. Dies ist in erster Linie ein Appell an die Verwaltung.

Viel mehr Sorgen macht er sich um den Bereich der Investitionen. Im Plan bis 2027 sind bereits Investitionen i.H.v. 150 Mio. € enthalten. Rechne man dann noch Projekte hinzu wie z.B. die Komplettierung des Schulzentrums und die Feuerwehrhäuser befürchtet er, schnell bei 250 Mio. € zu landen.

Im Moment habe man einen Schuldendienst von ca. 1,5 Mio. € mit dem man relativ gut zurecht kommt. Für das Jahr 2027 hat man bereits in den Planungen einen Schuldendienst von 9 Mio. €. Er befürchtet einen Anstieg auf über 15 Mio. € Schuldendienst. Er weiß, dass man diese 15 Mio. € in den laufenden Aufwendungen niemals einsparen kann, wenn man so weitermacht wie bisher. Man soll sich die Frage stellen wie man sich die Stadt Ahrensburg in 2030 vorstellt. Wird das eine Stadt sein die alles was sie hat in Schulden dienst und Pflichtaufgaben steckt und nichts mehr machen kann in der Förderung der Bildung, Kultur, des Sports und im Umweltschutz?

Er appelliert an alle das Zeitfenster bis zum Jahresende zu nutzen um sich bei den Investitionen wirklich ganz sicher zu sein wie man in Zukunft agieren will.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt fest, dass der Haushalt und die Zukunft nicht so rosig aussehen. Man müsse die Situation aus verschiedenen Punkten sehen. Das eine sei die laufende Verwaltung mit einem strukturellen Defizit in das man vielleicht hineinläuft. Grade dies hält er für die große Frage. Bisher gab es die Problematik, dass in den vergangenen Jahren immer negative Haushalte vorgelegt wurden und man am Ende des Jahres ein positives Ergebnis hatte. Das bedeutet, man sei im großen Rechtfertigungsdruck, wenn man Steuern erhöhen oder an bestimmten Stellen sparen möchte wo es wirklich „weh tut“. Das könne man erst dann tun, wenn man tatsächlich in die Defizite hineinläuft. Aktuell tut man

dies noch nicht richtig, zunächst sieht es nur danach aus. Erst wenn es tatsächlich passiert müsse man konkret darüber reden und handeln. Am jetzigen Punkt bleibt es abstrakt und man könne nur auf Sicht fahren und nicht in die Zukunft sehen.

Jetzt schafft man eine strukturelle Zukunft für die Stadt in dem man investiert. Natürlich entstehen dadurch auch Schulden, aber man muss jetzt konkret darauf hinarbeiten, dass diese nicht so hoch ausfallen wie sie jetzt geplant sind.

Stadtverordneter Bellizzi von der Fraktion FDP geht drauf ein, dass Ende Oktober 2023 ein Haushalt mit einem Defizit von ca. 15 Mio. € vorgelegt wurde. Bei diesem Entwurf waren zu diesem Zeitpunkt noch keine Rückgriffe auf eine Rücklage geplant. Er denkt, dass dieser Entwurf nie genehmigungsfähig gewesen wäre.

Die Tatsache, dass man den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern einen solchen Haushaltsentwurf vorlegte empfindet er als Arbeitsverweigerung seitens der Verwaltung. Er lobt den Stadtverordneten Egan von der Fraktion WAB, denn nur aufgrund der interfraktionellen Sitzungen sei es möglich gewesen, dass heute ein Haushalt vorliegt der genehmigungsfähig ist. Aus Sicht der FDP-Fraktion sei der Haushalt dennoch nicht zustimmungsfähig. Problematisch sieht man aus Sicht der FDP-Fraktion die dauerhaften Ausgaben, insbesondere die Personalkosten.

Er geht darauf ein, dass man irgendwann tatsächlich an den Punkt angelangt an dem man um Steuererhöhungen nicht mehr herumkommt. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung hätte das Defizit bei weitem nicht ausgleichen können. Man rede immer über bezahlbaren Wohnraum und Attraktivität für Familien und schlägt dann vor, das Wohnen in Ahrensburg noch teurer zu machen. Das ergibt für die FDP-Fraktion so keinen Sinn.

Er führt weiterhin aus, dass das nicht die Politik sein darf die man hier verfolgt. Er geht darauf ein, dass die Ergebnisse der letzten Haushalte stets wesentlich besser waren als zuvor prognostiziert und merkt an, dass dies auch daran lag, dass man die unbesetzten Stellen nicht besetzt bekommen hat.

Zum Thema Investitionen merkt er an, dass Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion immer wieder nachgefragt habe, ob die geplanten Investitionen auch realisierbar sind und befürchtet, dass man bei einer schlechten Durchführungsquote landen wird und eben dies wird dann voraussichtlich wieder die finanzielle Rettung sein. Dies sei absolut keine solide Haushaltsplanung. Zukünftig müsse man auch mal bereit sein, auf der Ausgabenseite Entscheidungen zu treffen, wie „weh tun“. Die FDP-Fraktion denkt, dass es dafür noch genügend Spielräume im Haushalt gibt.

Bürgermeister Boege sagt, dass es kein Geheimnis ist, dass dieser Haushaltsprozess auch nicht seinen eigenen Ansprüchen genügt. Er dankt den Fraktionen die sich hierbei sehr konstruktiv zusammengetan haben, damit man jetzt einen Haushalt hat den man nunmehr grundsätzlich guten Gewissens beschließen kann. Für diese vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit bedankt er sich herzlich.

Er erklärt, dass die Kosten der laufenden Verwaltung hunderte Posten sind

wie z.B. Zuschüsse für Kultur, laufende Unterhaltungssachen an den Schulen etc. Es seien Ausgaben die in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden.

Er nimmt die Kritik an, dass der Haushaltsprozess nicht optimal gelaufen ist und hofft, dass dies im kommenden Jahr deutlich besser gelingt.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der Fraktion FDP möchte die Ausführungen von Stadtverordnetem Bellizzi von der FDP-Fraktion ergänzen und führt aus, dass man beeinflussen kann wie viele Gewerbeeinnahmen in den Haushalt einfließen. Man sollte nicht immer nur über Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen nachdenken.

Er führt aus, dass wenn aus einer Metropolregion aus Hamburg eine Wirtschaftskraft steigt obwohl in Deutschland insgesamt eher rezessive Strukturen da sind, dann müsse man nur dafür sorgen, daran auch teilzunehmen. Er spricht über Flächenmanagement, Gewerbeansiedlungen und aktiver Finanzkraft der Stadt. Statt über Steuererhöhungen Nachzudenken solle man lieber über die Anzahl von Steuerzahlern nachdenken die in der Lage sind mit einem hohen Gewerbesteueraufkommen noch mehr zu finanzieren von dem was man sich für die Stadt gerne leisten möchte.

Bei Planungen in der Stadt und auch interkommunal mit den Nachbargemeinden sollte man sich fragen, ob Ahrensburg an der wirtschaftlichen Entwicklung der Metropolregion teilhaben will. Man hätte die Chance die Ertragskraft der Stadt deutlich zu erhöhen, weil dies ein viel größerer Hebel sei als die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung. Er denkt, ob man 33 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen verzeichnet oder 40 Mio. € ist möglicherweise nur abhängig von zwei großen Ansiedlungen mit produktivem Gewerbe. Er wirbt dafür diese Chancen wahrzunehmen und gemeinsam dafür etwas aktiv zu tun und nicht bei jeder einzelnen Frage zu einer möglichen Gewerbefläche zu sagen, dass dies nicht in Frage kommt. Er sagt, die Chance dieser Stadt liegt in der Expansion.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Beschlussvorschlag zur Vorlage 2023/102/1 inkl. der zuvor beschlossenen Ergänzungen über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Jahr 2024 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung inkl. der zuvor beschlossenen Ergänzungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

25	dafür
3	dagegen
/	Enthaltung(en)

17. **Änderung und Aussetzung des Grundsatzbeschlusses zum Neubau des Freizeitbades badlantic**

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag und führt aus, dass es darum geht den Grundsatzbeschluss zum badlantic auszusetzen. Er führt aus, dass es im Hauptausschuss hierzu einen Mehrheitsbeschluss gab. Für die CDU-Fraktion sei dieser Beschluss sehr schmerzhaft, aber man wird der Vorlage aus finanziellen Gründen zustimmen. Die Kosten für einen Neubau seien von ursprünglich 14 Mio. € auf 30 Mio. € gestiegen und somit sei ein Neubau leider nicht machbar.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD führt aus, dass die SPD-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Er führt aus, dass ein Neubau finanziell unrealistisch sei und hinterfragt ebenfalls die Sinnhaftigkeit eines Neubaus. Er geht darauf ein, dass laut Gutachten das badlantic noch weitere 10 Jahre weiterbetrieben werden kann. Er merkt an, dass im Gebäude des badlantic graue Energie gebunden ist und man den Komplex aus ökologischen Gründen nicht vorzeitig abreißen sollte.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sich einen Neubau gewünscht hätte, aber dies aktuell nicht möglich sei. Das Gutachten habe insgesamt Druck aus der Angelegenheit herausgenommen, aber man hält die Aussetzungszeit für zu lange. Die Fraktion hätte den Grundsatzbeschluss lieber nur für 3 Jahre ausgesetzt und wird sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Grundsatzbeschluss zum Schwimmbadneubau (Vorlage 2017/060/1) wird für die kommenden fünf Jahre ausgesetzt. Die Neubauplanungen werden gegebenenfalls im Jahr 2028 wiederaufgenommen, um ggf. im Jahr 2033 einen Neubau realisieren zu können.

Abstimmungsergebnis:

20	dafür
8	dagegen
/	Enthaltung(en)

18. **Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum**
- **Festlegung der Bestandsaufnahme**
 - **Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung**
 - **Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum**
 - **Sachstand**

-- *abgesetzt* –

Siehe Top 5 „Festsetzung der Tagesordnung“.

19. Machbarkeitsstudie Speicher am Gutshof

Stadtverordneter Kubczigk von der Fraktion SPD hält einen Sachvortrag und erklärt, dass Nutzungsprofile geprüft werden und daraus ein Gutachten erstellt wird. Hiervon werden 2/3 der Kosten gefördert, aber das Förderprogramm für die Städtebauförderung läuft 2037 aus.

Der Bau- und Planungsausschuss habe der Vorlage einstimmig zugestimmt.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Durchführung der „Machbarkeitsstudie Speicher am Gutshof“ wird zugestimmt. Die Beauftragung erfolgt abschnittsweise. Zunächst werden als Leistungsbausteine die Prüfung der baulich-räumlichen Umsetzbarkeit von einzelnen Varianten und die Kostenschätzung, -ermittlung gem. DIN 276 für diese beauftragt (Module 3 und 4), städtischer Eigenanteil rund 17.000 EUR.
2. Die Vergabe weiterer Leistungsbausteine erfolgt erst nach politischem Beschluss.

Abstimmungsergebnis:

28	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:57 Uhr.

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin